

Die „Staatsgründer“ in Verlegenheit

Neue Taktik im siebenten Jahr der Zonenrepublik

Sechs Jahre ist die von der SED eingesetzte Regierung an diesem 7. Oktober im Amt. Ihr Jubiläum fällt in eine Zeit der Konferenzen und ernsthafter Wiedervereinigungs-Diskussionen. Da es heute wieder ein in aller Welt — auch in Moskau — geachtetes Deutschland gibt, mit einer gewählten Regierung und einem aufstrebenden Wirtschaftsapparat, wiegt diese Tragikomödie einer „Staatsgründung“ doppelt schwer. Der aufmerksame Beobachter aber wird feststellen, daß sich einiges geändert hat. Zwar ist die Fassade geblieben — Aufmärsche und starke Worte — doch dahinter bahnt sich schon die neue Taktik an: Die Taktik derer, die nicht mehr auf die Ausweitung, sondern auf die Erhaltung ihrer Existenz bedacht sein müssen.

Noch vor drei Jahren war es so, daß man am „Tag der Republik“ Heerschau hielt für jenen Tag, an dem man in ganz Deutschland das Wort ergreifen würde. Augenzwinkernd trug man die ersten Maschinengewehre in die Demonstration, sprach von einer „westdeutschen Befreiungsbewegung“ und feierte Max Reimann als den künftigen SED-Statthalter von Bonn.

Inzwischen ist viel Wasser die Elbe hinuntergeflossen. Die „SED-Dampfwalze“ ist ein mildes Gefährt geworden, das sogar im eigenen Machtbereich nicht mehr recht in Gang kommen will. So tragen alle starken Worte der SED-Führer heute den Keim der Hilflosigkeit: „Wartet, es wird schon werden, gebt uns nur Zeit!“

Fehlspekulationen

Man hat sich selbst zu sehr überschätzt und sich in allem ein wenig verkalkuliert. Man hat so lange mit der Maschinengewehre herumgefuchelt, bis der andere schließlich auch eine in Händen hielt, die mindestens die gleiche Wirkung zu haben scheint. Hier gibt es nur die Flucht in die neue Fehlspekulation: „Gebt uns Zeit, dann werden wir schon...!“

Die „Zeit“ besteht aus Hinhalte-Taktik und Konferenzen, aus „Wiedervereinigungs“-Gesprächen und dem Wechselspiel der Drohungen und halben Zugeständnisse. So und nicht an-

ders ist das zu verstehen, was nach diesem „6. Jahrestag“ kommen wird.

In SED-Kreisen nennt man das kommende Jahr das „Jahr der Nationalen Front“. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die SED aus der Substanz von „Nationalrat“, „Ausschuß für Deutsche Einheit“ und all den übrigen mehr oder weniger getarnten Stellen der „SED-Westepostoperative“ in Kürze eine Art Wiedervereinigungsministerium mit einem für direkte Verhandlungen vorgesehenen Staatssekretariat aus der Taufe heben will. Die Zonenregierung, die politisch an allen Fronten ins Hintertreffen geraten ist, will künftig auf drei Wegen marschieren:

Das „große Gespräch“

1. Alle politischen Organisationen eröffnen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln „das große Westgespräch“. Ein Beispiel: Der „Kulturbund“ gibt im kommenden Jahr 26 Prozent seiner Etatmittel für die Einladung westdeutscher Künstler und Schriftsteller aus. Mehr als 3000 Angehörige des „Kulturbundes“ sollen gleichzeitig die Bundesrepublik bereisen, um Kontakte zu knüpfen und Interessenten für die dann als „Gesamtdeutsche Wiedervereinigungsbewegung“ agierende „Nationale Front“ zu gewinnen. FDGB, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, FDJ und all die anderen SED-Unter-

organisationen setzen sich für 1956 das gleiche Ziel. Das „große Gespräch“ — von der SED bis ins kleinste Wort festgelegt — soll die Ära der Drohungen und Nötigungen ablösen.

2. Ostzonale Regierungsstellen — hier in erster Linie das in den Grundzügen bereits bestehende „Wiedervereinigungsministerium“ — werden alles unternehmen, um der Bundesregierung „Vorschläge“ für eine „unverbindliche Annäherung“ zu unterbreiten. Gleichzeitig werden sie versuchen, mit einem Propagandafeldzug größten Ausmaßes über die KP auf die westdeutsche Bevölkerung Einfluß zu nehmen. Am Ostberliner Thälmannplatz besteht für diese Aufgabe bereits ein neues Propagandaamt.

3. Die SED wird ab kommenden Januar alles unternehmen, um die finanzielle Lage ihrer VEBs zu verbessern und Bewegungsfreiheit für Armee und Landwirtschaft zu bekommen. Beide leiden unter der Unrentabilität einer überstürzt und unqualifiziert aufgebauten Schwerindustrie. Das aber muß zu neuen ökonomischen Erschwernissen führen.

Schlechtes Orakel

Das Fazit: Die SED will Zeit gewinnen, kann aber noch nicht übersehen, wozu. Alles liegt für sie im Dunkel unvorherschaubarer Ereignisse. Ihre drei vorgezeichneten Wege führen zu keinem erkennbaren Ziel: Weder die „Nationale Front“-Linie noch die „Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht“ versprechen dem Regime weitere Jahre machtvoller Existenz. Daß die SED aber diesen Weg wählt, ist Anlaß zu optimistischer Betrachtung: Die am Freitag auf dem Marx-Engels-Platz zur Schau getragenen Maschinengewehre ersetzen nur die verlorenen Kampfmoral ihrer Träger...

Will Moskau überhaupt?

Dr. Der diplomatische Aufmarsch für die Ende Oktober beginnende Genfer Konferenz der Außenminister ist im wesentlichen auf beiden Seiten vollzogen. Der Westen hat in den sechsen abgeschlossenen Besprechungen von New York einmütig die gemeinsame Marschroute festgelegt. Daß dabei der Deutschlandfrage in ihrer unlösbaren Verbindung mit dem Sicherheitsproblem der Vorrang gegeben wurde, das ist besonders erfreulich. Zu den Vorbereitungen Moskaus gehören die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik, der Vertrag mit den Pankower Satelliten, beides begleitet von einer Flut sowjetischer Reden und Erklärungen, die keineswegs eine ermutigende Tendenz verraten. Die Genfer Konferenz der Außenminister ist zwar auf der Ebene der vier Mächte eine der wichtigsten Bewegungen der Nachkriegszeit; aber wir tun nach Lage der Dinge gut daran, ihren Ergebnissen sehr nüchtern entgegenzusehen.

Genf nur eine Station

In einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Washington konnte man dieser Tage lesen, die Vorbereitungen der westlichen Außenminister schienen im ganzen darauf angelegt zu sein, daß die Verantwortung für das erwartete Scheitern der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung unzweideutig den Sowjets zugeschoben werde. Nun, die Verantwortung Moskaus für die heutige Lage steht ohnehin für jeden fest, der den Gang der Ereignisse seit zehn Jahren aufmerksam verfolgte. Ihre neuerliche Feststellung mag wichtig sein; wenn sich indessen die diplomatischen Anstrengungen des Westens hierauf beschränken sollten, was wir nicht glauben wollen, so wäre das unbefriedigend und mehr noch dem kalten Krieg als bereits einer Periode aktiver Lösungsversuche zugehörig. Der Westen muß vielmehr — gerade wenn Genf noch keine Lösung bringen, sondern nur eine Station auf dem Wege zur Lösung

sein — mit um so größerem Nachdruck auf diesen Weg drängen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der westlichen Außenminister wird es deshalb sein, in einer äußerst freimütigen Verhandlung die Sowjets endlich dahin zu bringen, daß sie klipp und klar die Bedingungen nennen, unter denen sie heute zur Wiedervereinigung Deutschlands bereit sind. Das setzt voraus, daß der Westen mit realistischen Vorschlägen bis hart an den Rand der heute für ihn möglichen Lösungen geht; nur das kann die Sowjets nötigen, das gleiche zu tun. Auf diese Weise würde auch die entscheidende Frage beantwortet werden können, ob Moskau heute die Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt will.

Neue Forderungen

Diese Frage ist noch keineswegs geklärt. Hier besteht vielmehr eine Ungewißheit, die einen schweren Verdacht gegen Moskau begründet. An ihr kranken alle Verhandlungen, die mit den Sowjets über die deutsche Frage geführt werden. Gewiß, die Pariser Verträge bezeichnet der Kreaml als ein Hindernis, das jede Verständigung ausschließe. Er hat aber noch niemals erklärt, daß er nach einer Beseitigung dieses angeblichen Hindernisses die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und die deutsche Selbstbestimmung dazu anerkennen würde. Ganz im Gegenteil! Von dem Augenblick an, als die diplomatische Diskussion sich auf ein europäisches Sicherheitssystem konzentrierte, um auf diesem Wege eine Lösung des Zwillingproblems „Sicherheit und Wiedervereinigung“ zu gewinnen, hat Moskau plötzlich ganz neue Forderungen gestellt.

Sie laufen darauf hinaus, aus dem gesamtdeutschen Staat ohne Rücksicht auf den Volkswillen und das deutsche Selbstbestimmungsrecht ein von kommunistischen „Errungenschaften“ durchsetztes Mischgebilde zu machen. Anstatt, wie die Sowjets es früher zugestanden haben, das deutsche Volk über seine staatliche und sozial-wirtschaftliche Ordnung selbst entscheiden zu lassen, wollen sie jetzt die Wiedervereinigung mit Hy-

potheken belasten, die eine gewisse Fortsetzung des kommunistischen Systems gewährleisten sollen und deshalb für uns unerträglich sind. So kommt der Eindruck auf, daß Moskau dann, wenn ernsthaftige Versuche zu einer Verständigung gemacht werden, in neue Forderungen ausweicht, von denen die Sowjets sich mindestens den Zeitgewinn der Verzögerung versprechen. Die kategorische Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen sie endgültig einer deutschen Wiedervereinigung zustimmen werden, muß deshalb in Genf so deutlich wie möglich geklärt werden.

Aufweichung des Westens?

Die Anerkennung der Bundesrepublik durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen, der Vertrag mit Pankow und die mit beiden Akten betonte Zweistaatlichkeit Deutschlands, das „für eine gewisse Zeit“ nun einmal getrennt bleiben müsse, bevor die Wiedervereinigung möglich werde, — das alles ist ein sicheres Zeichen dafür, daß Moskau in der deutschen Frage Verzögerung und Zeitgewinn erstrebt. Hinter dieser Taktik verbirgt sich mancherlei. In Moskau z. B. konnten wir ein verdächtiges Interesse der Sowjets für die Frage bemerken, wer einmal Nachfolger des Bundeskanzlers sein werde. Der Kreaml respektiert heute Konrad Adenauer und hat ihm in Trinksprüchen sogar ein langes Leben gewünscht, aber ganz gewiß kein langes Leben als Bundeskanzler.

Das Interesse für seinen Nachfolger kommt wahrscheinlich aus der spekulativen Überlegung, daß ein Wechsel vielleicht nach den Bundestagswahlen des Jahres 1957 erfolgen könnte. Die Sowjets scheinen zu erwarten, daß bis dahin der von ihnen eifrig betriebene Prozeß der „Aufweichung“ Westdeutschlands und des Westens überhaupt genügende Fortschritte machen werde. Die für Moskau beste und billigste Lösung der Deutschlandfrage, die begreiflicherweise für uns die teuerste und ungünstigste sein würde, ist das eigentliche Ziel dieser auf Verzögerung gerichteten Taktik. Das ist ein Aspekt der sowjetischen Politik, der sehr ernst zu nehmen ist.

Westen erkennt Pankow nicht an

Eine Erklärung an die Sowjetunion

New York (AP/DPA). Die drei Westmächte haben der Sowjetunion eine Erklärung übermittelt, deren Hauptpunkte besagen: 1. Die Sowjetunion ist nach wie vor für die Aufrechterhaltung des freien Zugangs nach Berlin und für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich Deutschland mitverantwortlich. 2. Die endgültigen deutschen Grenzen können erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden. 3. Die Bundesregierung ist die einzige rechtmäßige deutsche Regierung; die Westmächte werden daher keine sowjetzonale Regierung anerkennen.

In einer zweiten Erklärung gaben die Außenminister der drei Westmächte bekannt, daß sie mit Sowjetaußenminister Molotow völlige Übereinstimmung über ihre Planungen für die Genfer Konferenz erzielt haben. Die Westmächte hätten vereinbart, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung innerhalb eines europäischen Sicherheitssystems mit Vorrang zu behandeln sei.

Die Mitteilung an die Sowjetunion ist eine Antwort des Westens auf die Moskauer Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone vom 20. September, in denen Pankow formell das Recht erhalten hatte, die Bewachung und Kontrolle an der Zonengrenze und am Außenring von Berlin sowie an den durch das Gebiet der So-

wjetzone führenden Verbindungswegen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin vorzunehmen. Sie ist ferner eine indirekte Antwort auf das Ersuchen der Bundesregierung, die Westmächte sollten ihre früheren Beschlüsse bestätigen, Pankow nicht anzuerkennen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Außenminister der USA, Großbritannien und Frankreichs wünschen im Zusammenhang mit den Vereinbarungen, die am 20. September zwischen der Sowjetunion und dem Regime in der sowjetischen Zone Deutschlands abgeschlossen wurden, ihre Ansichten zu bestimmten Punkten kundzutun. Sie möchten als erstes betonen, daß diese Vereinbarungen die Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der

Sowjetunion, die sich aus den Abkommen und Vereinbarungen zwischen den drei Mächten und der Sowjetunion hinsichtlich Deutschlands und Berlin ergeben, nicht beeinträchtigen können. Die Sowjetunion bleibt für die Erfüllung dieser Verpflichtungen verantwortlich.

Die drei Außenminister bekräftigen zweitens erneut, daß die Bundesrepublik Deutschland die einzige frei und rechtmäßig gebildete deutsche Regierung ist und deshalb das Recht hat, für Deutschland als die Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen.

Die drei Regierungen erkennen weder das sowjetzonale Regime noch die Existenz eines Staates in der Sowjetzone an.

Die drei Außenminister unterstreichen schließlich im Hinblick auf die Erklärung, die kürzlich in der sowjetischen Presse zur Frage der deutschen Grenzen erschienen ist, den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt ihrer Regierungen, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands erst im Rahmen einer Friedensregelung für ganz Deutschland erfolgen kann.“

„Keine geistige Spaltung Deutschlands“

Vizekanzler Blücher über Probleme der Wiedervereinigung

Berlin (Eigenmeldung). Auf der Tagung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin haben Präsident Dr. Paulssen und Vizekanzler Blücher über die „Bedeutung der sozialen Frage für die Wiedervereinigung“ gesprochen. Paulssen erklärte mit großem Nachdruck, daß das aus Propaganda erzeugte Modewort von der angeblich verbreiteten Unzufriedenheit der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik durch die Tatsachen nicht bestätigt wird.

Der Vizekanzler holte zu einer großen prinzipiellen Erklärung über die wirtschaftliche und soziale Zukunft der jetzigen Sowjetzone nach der Wiedervereinigung aus. Die Behauptung der sowjetzonalen Machthaber, daß die Gemeinsamkeit zwischen den getrennten Teilen des deutschen Volkes zerrissen sei, sei absolut unwahr. Wir behaupten mit Nachdruck, es gibt kein

geistig und seelisch zwiegespaltenes Deutschland.

Die Quelle der entstandenen Verschiedenartigkeit sei, daß wir einen Weg gehen konnten, der an die Stelle der Allmacht des Staates das Recht der Freiheit des einzelnen setzte. Den Menschen in der Sowjetzone sei das Recht der Bildung eines neuen Staates versagt, indem ihnen die Herrschaft weniger Menschen ohne Auftrag des Volkes aufgezwungen wurde.

Über die Probleme der Wiedervereinigung sagte Blücher folgendes: Unsere Aufgabe ist die völlige soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Menschen des wiedervereinigten Deutschlands. Alle unsere Pläne gehen dahin, die an vielen Stellen der Zone brachliegenden Kräfte so schnell wie möglich leistungsfähig zu machen.

In der Praxis wird es um die Frage des Eigentums in der In-

dustrie der Zone, bei der Landwirtschaft und sogar bei der Warenverteilung gehen. Der Staat ist nie der beste Arbeitgeber. Inwieweit die Staatswirtschaft der Zone nach der Wiedervereinigung erhalten bleiben muß, ist eine Frage der Überprüfung jeden einzelnen Falles.

Was die Landwirtschaft in der Zone angeht, so werden wir nicht wieder mit einer Vertreibung von Menschen beginnen, die sich mühselig und in übermenschlicher Arbeit unter unmöglichen Verhältnissen eine kleine Siedlerstelle verdient haben. Wir haben keine Angst davor, daß sich die von den früheren Grundeigentümern gestellten Ansprüche etwa nicht vereinen ließen mit dem, was die Siedler sich inzwischen durch Arbeit als Rechte erworben haben.

Nachhaltiger Schutz Berlins

Übereinkunft Dulles — Brentano — Warnung an Pankow

Washington (AP). Bundesaußenminister von Brentano hatte in Washington längere Besprechungen mit seinem amerikanischen Kollegen Dulles, in deren Verlauf nach einem gemeinsamen Kommuniqué die „Situation in Berlin im Lichte der jüngsten Ereignisse“ erörtert wurde. Wie hierzu in Washington verlautete, kamen die beiden Minister überein, daß der Status und die Rechte der Bevölkerung Westberlins gegen jeden Druck seitens der kommunistischen Behörden in der Sowjetzone geschützt werden müssen.

Von westlicher Seite wird befürchtet, daß die Moskauer Vereinbarungen vom 20. September zwischen Moskau und Pankow von den sowjetzonalen Behörden möglicherweise dazu benutzt werden könnten, einen Druck auf Berlin auszuüben, um eine Anerkennung der Sowjet-

zonenregierung durch die Bundesrepublik zu erzwingen. In den Moskauer Vereinbarungen war Pankow formell das Recht eingeräumt worden, die Zonen-grenze und die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin zu kontrollieren und zu bewachen.

Freiheit gewährleistet

Suhr gibt Senatserklärung

Berlin (Eigenmeldung). In einer einstimmig gebilligten Senatserklärung hat der Regierende Bürgermeister Suhr im Abgeordnetenhaus erklärt, die Berliner Bevölkerung könne sicher sein, daß die Freiheit der Stadt unverändert gewährleistet bleibe.

Berlin erwarte mit allen Deutschen von der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion eine Entspannung der Lage.

Den Staatsvertrag zwischen Moskau und Pankow nannte Suhr „in mehr als einem Punkt vieldeutig und daher interpretationsbedürftig“. Dieses Abkommen könne nichts an den menschlichen Bindungen und freundschaftlichen Verbindungen mit der Bevölkerung des sowjetisch besetzten Gebietes, beson-

ders im Ostteil Berlins, ändern. Der Regierende Bürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Regelung der Gefangenenfrage auch Gewißheit über die Rückkehr oder das Schicksal der übrigen Vermissten herbeigeführt werde.

Bischofskreuz wieder an alten Besitzer

Berlin (epd/DPA). Bischof D. Dibelius hat das ihm von dem Prager Professor Hromadka übergebene sudetendeutsche Bischofskreuz Kirchenpräsident Dr. Wehrenpfennig in seinem Wohnort Feuchtwanen überreichen lassen. Wehrenpfennig hatte das Kreuz als letzter Vorsitzender der sudetendeutschen Kirchenleitung bis zu seiner gewaltsamen Amtsenthebung 1945 getragen.

Dem Gedenken Ernst Reuters

Berlin (Eigenmeldung). Am zweiten Jahrestag des Todes von Ernst Reuter folgten in den Abendstunden viele Berliner dem Aufruf des Regierenden Bürgermeisters und stellten zum Gedenken an den Verstorbenen Kerzen in die Fenster. Damit sollte gleichzeitig die Verbundenheit Berlins mit den in den Zuchthäusern der Sowjetzone aus politischen Gründen festgehaltenen Frauen und Männern bekundet werden. Diese Form der Demonstration war von Ernst Reuter Weihnachten 1952 angeregt worden.

Totgeglaubte schrieb aus Sibirien

Weiden (Oberpfalz), (DPA). Nach neun Jahren hat dieser Tage ein Volksdeutscher im Landkreis Neustadt an der Waldnaab das erste Lebenszeichen von seiner Frau, die zusammen mit den zwei Kindern von einer Besuchsreise in die Sowjetzone 1946 nicht mehr zurückkehrte, erhalten.

Die totgeglaubte Frau schrieb aus Sibirien, daß sie mit den beiden Töchtern in der Nähe von Irkutsk lebe und auf einer Schweinefarm beschäftigt sei.

Im Radio habe sie gehört, daß Briefe nach Deutschland erlaubt seien. Die beiden Mädchen, die schon mehrere Jahre zur Schule gehen, hatten Grüße in russischer Sprache geschickt.

Preußischem Kunstgeist ein Denkmal

Bundestag für Überführung der Kulturgüter nach Berlin

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Der Bundestag hat einstimmig in erster Lesung die Grundzüge eines Gesetzentwurfes zur Errichtung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“, durch den der preußische Kulturbesitz wieder zusammengeführt werden soll, gebilligt.

Zur Begründung des Gesetzentwurfes für die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ sagte

Staatssekretär Hartmann vom Bundesfinanzministerium, der preußische Kulturbesitz sei ein lebender Organismus, der fortentwickelt und ergänzt werden müsse. Unter dem Beifall des Hauses betonte Hartmann, daß mit der Stiftung preußischer Kunstliebe und preußischem Kunstgeist ein Denkmal gesetzt werden soll.

Ein Stiftungsrat aus 14 Mitgliedern soll darüber entscheiden, welche Kulturgüter, die

gegenwärtig in mehreren Ländern der Bundesrepublik lagern, wieder nach Berlin gebracht werden können. Berlin ist von der Bundesregierung als Sitz der Stiftung vorgesehen. Sprecher der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BHE wiesen übereinstimmend auf die Notwendigkeit hin, etwas für die Fortentwicklung des preußischen Kulturbesitzes zu tun. Dies sei eine Aufgabe des gesamten deutschen Volkes.

In der Heimat, aber rechtlos

Die Deutschen in den Ostgebieten — Will Polen neuen Treck?

Warschau. Eine der wichtigsten ungelösten Aufgaben, denen die polnische Regierung gegenübersteht und die sie unter allen Umständen lösen will, ist das Problem der rund eine viertel Million zählenden Deutschen, die zur Zeit noch in den von den Polen verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie leben.

Von amtlicher polnischer Seite wurde mir erklärt, daß die polnische Regierung in allernächster Zukunft die Deutschen vor die Wahl stellen werde, entweder die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen oder ihre Sachen zu packen und nach Deutschland zu gehen.

Ungeklärte Fragen

Einzelheiten dieses Plans, so wurde gesagt, müßten allerdings noch ausgearbeitet werden. Besonders müsse eine klare Entscheidung darüber getroffen werden, was man denjenigen Deutschen gestatten werde, mit sich zu nehmen, die sich für eine Auswanderung nach Deutschland entschließen sollten.

Die Zahl der von diesen künftigen Maßnahmen der polnischen Regierung betroffenen Deutschen wird auf 200 000 bis 250 000 geschätzt. Sie leben zum weit-

aus größten Teil in Schlesien, in Pommern und Ostpreußen.

Bis Kriegsende waren diese Gebiete von rund neun Millionen Deutschen bewohnt. Auf Grund des von den Alliierten vor zehn Jahren unterzeichneten Potsdamer Abkommens wurden die Deutschen aus diesen Gebieten vertrieben. Rund acht Millionen zogen nach dem Westen, während die polnische Regierung rund 5 500 000 Bewohner aus dem östlichen Teil Polens, der an die Sowjetunion abgetreten werden mußte, in diesen Räumen ansiedelte.

250 000 blieben zurück

Rund eine viertel Million Deutsche verblieben in ihrer alten Heimat und zogen das Risiko einer ungewissen politischen und wirtschaftlichen Zukunft dem Schicksal des Flüchtlings vor, der nur mit dem was er auf dem Körper trug seine Heimat verlassen mußte. Die gegenwärtig noch in Polen lebenden Deutschen verteilen sich auf die landwirtschaftlichen Gebiete von Pommern und Ostpreußen und auf die industriellen Bezirke in Oberschlesien. Zum überwiegenden Teil beherrschen sie polnisch und sind damit zu einem nicht mehr auf-

fallenden Teil innerhalb der polnischen Bevölkerung geworden.

Fehlende Arbeitskräfte

Wie Regierungskreise zu der geplanten Aktion ergänzend mitteilten, müsse der Status der noch in Polen lebenden Deutschen durch die kommenden Maßnahmen ein für allemal geregelt werden. Es wurde zugegeben, daß diese Entschließung für die polnische Regierung gewisse Nachteile mit sich bringen könne, da Polen im Hinblick auf seinen Mangel an Arbeitskräften es sich eigentlich nicht gestatten könnte, einem so großen Teil der arbeitenden Bevölkerung des Landes die Möglichkeit zur Auswanderung zu geben.

„Dennoch“, so erklärte ein Sprecher der Regierung, „wir können nicht für alle Zukunft eine so große Zahl von staatenlosen Personen in unserem Lande behalten.“

Ohne Staatsangehörigkeit

Diejenigen Deutschen, denen es gelang, nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten in ihrer Heimat zu verbleiben, konnten dies nur dadurch tun, daß sie sich nicht als Deutsche registrieren ließen. Eine Folge davon war, daß sie keinerlei rechtliche Stellung hatten — weder polnische noch deutsche Staatsangehörige waren —, was wiederum zur Folge hatte, daß sie keinen persönlichen Einfluß besaßen, keinen Besitz erwerben durften und auch am politischen Leben nicht teilnehmen konnten.

Keine Gespräche mit Pankow

Eindeutige Stellungnahme der Exil-CDU

Bonn (Eigenmeldung). Der Vorstand der Exil-CDU hat auf seiner Tagung in Königswinter die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion als eine weitere Möglichkeit, den Weg zur deutschen Wiedervereinigung zu klären, bejaht. Gleichzeitig wurde betont, daß der diplomatische Kontakt mit der Sowjetunion keine Anerkennung des Status quo bedeutet.

Eine Anerkennung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik komme nicht in Frage. Die Exil-CDU lehne Verhandlungen mit Pankow ab, da das dortige Regime jeder demokratischen Legitimation ent-

behre. Politischer Kontakt wäre nur mit frei gewählten Vertretern der mitteldeutschen Bevölkerung möglich.

Paris sagt Moskau-Besuch ab

Protest gegen sowjetische UN-Delegation

Paris. — Die französische Regierung hat aus Protest gegen die Haltung der sowjetischen Delegation bei der Algerien-Abstimmung in den UN einen für Oktober zugesagten Freundschaftsbesuch Ministerpräsident Faures und Außenminister Pinays in Moskau abgesagt.

Offiziell wird zwar nur von einer Verschiebung gesprochen, doch glaubt man in Paris nicht, daß der Besuch überhaupt noch stattfinden wird.

Der Ministerrat beschloß ferner die Zurückziehung der französischen Abordnung aus der UN-Delegation. Im Sicherheitsrat und in der Abrüstungskommission wird Frankreich seine Delegierten aber belassen, weil es seinen Einfluß dort nicht missen will. Offen allerdings ist die Frage, ob eine Mitarbeit in den Teillinstitutionen möglich ist ohne die Mitarbeit in der Vollversammlung. Im Sicherheitsrat führt Frankreich gegenwärtig den Vorsitz.

Zonenarmee unter Kontrolle

Polen und CSR verstärken ihre Einflußnahme

Seit der nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers verkündeten Aufhebung des sowjetischen Besatzungsregimes im Zonenbereich stellen politische Beobachter wesentliche Veränderungen im Stab der Ostberliner Sowjetbotschaft und anderer Militärmissionen fest. Stabsoffiziere höchster Ränge stoßen zu dem bisherigen Personal und nehmen in ungewöhnlicher Weise mit dem sowjetzonalen Innenministerium und dem KVP-Führungsstab selbständig Führung auf.

Es ist nötig, zurückzublicken, um diese Vorgänge zu verstehen. Seit etwa Dezember 1954 sind mehr als hundert höhere sowjetische Verbindungsoffiziere und Regierungsbeamten in die Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten, für Inneres und für Schwerindustrie eingesickert. Allein im Innenministerium versehen 23 dieser Sowjetbeamten unter zum Teil deutschen Namen ihren Dienst. Ihr Status ist in keinem Stellenplan enthalten, ihre Aufgabe jedoch mit dem Aufbau der Zonenarmee fest verbunden.

Zur gleichen Zeit — im Zuge der Vorbereitungen für die Warschauer Konferenz — nahmen polnische und tschechische Offiziersdelegationen mit den einzelnen KVP-Stäben Führung auf. Von den Sowjets selbst eingeführt und vom KVP-Führungsstab an die einzelnen Divisionen verwiesen, üben sie bis heute eine weitreichende Kontrolle über den personellen und

technischen Aufbau der KVP aus. Da ein wesentlicher Teil der KVP-Ausrüstung aus der Tschechoslowakei geliefert werden muß, ist die Einflußnahme der CSR-Kontrolloffiziere nicht gering. Zum anderen kontrollieren die Polen in nachdrücklicher Weise die Luftwaffen- und Seepolizei. Rund 60 Prozent der etwa 3000 in Ausbildung befindlichen KVP-Flieger üben auf polnischen Plätzen, während Minenräumer, Schnellboot- und Zerstörerbesatzungen in polnischen Häfen ihren letzten Schliff erhalten.

Das hat dazu geführt, daß der Einfluß der sogenannten „Sowjetniks“, der jedem KVP-Truppenteil beigegebenen sowjetischen Inspektoren, zugunsten dieser polnischen und tschechischen Beobachter zurückgegangen ist. Die Sowjets sind in die Rolle der Administranten gedrängt, in der sie zwar die entscheidenden Positionen beklei-

den, jedoch oft zu weit von der Truppe entfernt bleiben.

Für die sowjetzonalen Soldaten ist dadurch eine kuriose Situation entstanden. So gibt es Kompanien — gerade unter Pionieren und Panzerfahrern — die unter folgender, oft widerspruchsvoller, Befehlsgewalt stehen: 1 Kompaniechef (KVP), 1 Sowjetnik, 1 zeitweiliger polnischer Beobachter und 1 tschechischer Inspekteur beim Regimentsstab. Polen, Tschechen und Sowjets sind sich dabei oft nur in ihrem Mißtrauen gegen die vielfach aus der Wehrmacht kommenden KVP-Offiziere einig. Die jetzt offiziell verkündete Einbeziehung der Zonenarmee in den Warschauer Militärblock wird diese Situation ins Peinliche steigern.

Insgesamt beträgt die gegenwärtige Personalstärke der KVP — mit allen Sondereinheiten — 188 000 Mann. Dazu müssen allerdings rund 40 000 Soldaten gerechnet werden, die im Krümpersystem ausgebildet und zur GST — in Ausbildungslager — abgeschoben wurden. Weitere 40 000 Reservisten sind jederzeit rekrutierbar. Die SED hat nach halboffiziellen Angaben vor, die KVP bis Ende 1956 auf etwa 250 000—270 000 Mann zu bringen. Voraussichtlich wird sie es bei etwa 220 000 Mann bewenden lassen (unter Hinblick auf die Reserven), weil die Zonenwirtschaft bereits den jetzt bestehenden Militär- und Rüstungsapparat nur mit äußerster Anstrengung zu tragen vermag.

Die ersten Heimkehrer kommen

Empfang durch den Bundeskanzler

Bonn (Eigenmeldg./AP/DPA). Die ersten deutschen Heimkehrer aus der Sowjetunion, die auf Grund der Zusage Moskaus entlassen wurden, werden vermutlich am Sonntag in der Bundesrepublik eintreffen. Wie das Auswärtige Amt am Montag bekanntgab, befindet sich die erste Gruppe der Entlassenen bereits auf der Reise nach Deutschland.

Der sowjetische Botschafter in Paris, Winogradow, unterrichtete den deutschen Botschafter Dr. v. Maltzan hiervon.

Aus der sowjetischen Ankündigung ging weiter hervor, daß die nächsten Transporte unmittelbar folgen, so daß im Laufe dieses Monats alle 9626 entlassenen Deutschen in der Heimat eintreffen. Alle Vorkehrungen

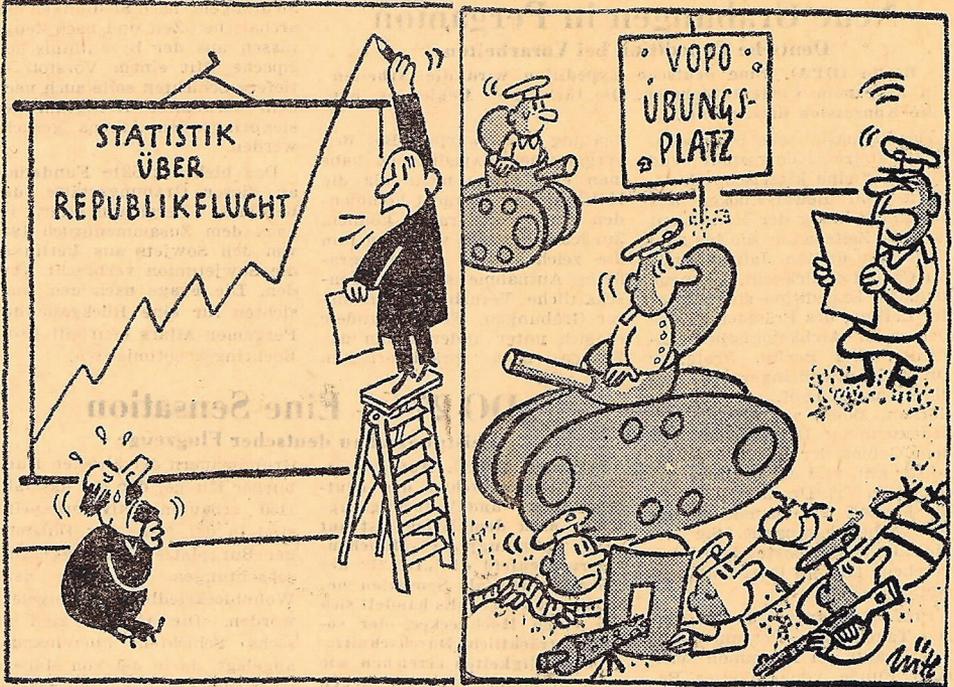
für den Empfang der Heimkehrer sind abgeschlossen, wie Bundesvertriebenenminister Professor Oberländer am Montag bekanntgab.

Das Durchgangslager Friedland sei in der Lage, 5000 Personen aufzunehmen. Vermutlich wird Bundeskanzler Dr. Adenauer die Heimkehrer persönlich begrüßen.

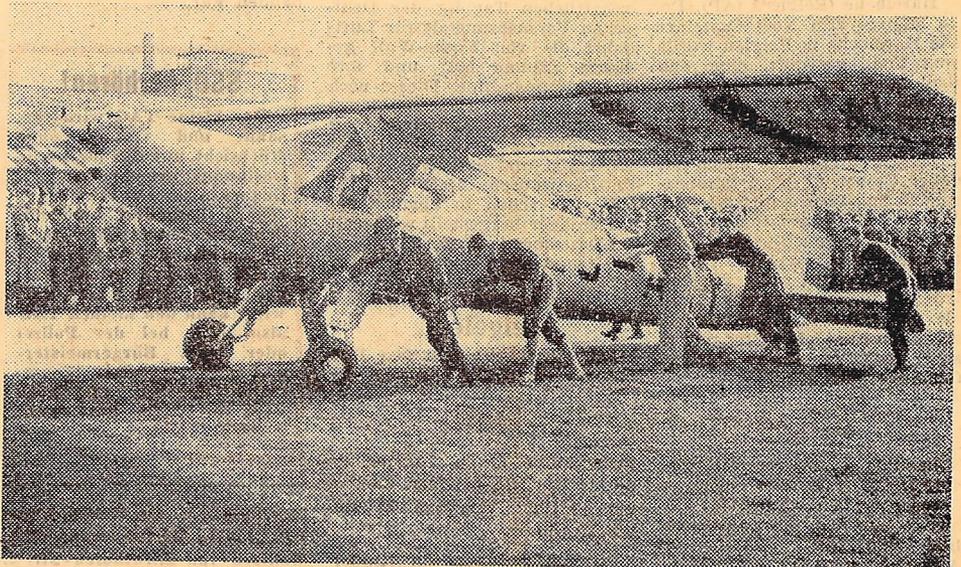
Oberländer wies darauf hin, daß etwa zehn Prozent der heimkehrenden Gefangenen von keinen Familienangehörigen erwartet würden. Er richtete an die deutsche Öffentlichkeit die Bitte, diese Heimkehrer in Familien aufzunehmen, damit es ihnen erleichtert werde, Anschluß an das Leben in der Bundesrepublik zu finden.

Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

Bonn (DPA). Die Aufwendungen der Bundesrepublik für die soziale Sicherheit sind, auf das Volkseinkommen bezogen, mit 18,2 Prozent die höchsten aller vergleichbaren Staaten der Erde. Nur sieben Staaten geben mehr als zehn Prozent des Volkseinkommens für soziale Sicherheit aus, und zwar nach der Bundesrepublik Frankreich, Österreich, Luxemburg, Neuseeland, Belgien und Italien. Die Nettoeinnahmen für soziale Sicherheit in der Bundesrepublik (also für Sozialversicherung, Mutterschutz, Beamtenversorgung, Fürsorge, öffentlicher Gesundheitsdienst, Kriegsoferversorgung) werden für 1954 mit 23,97 Milliarden DM angegeben.



„Sie sehen, Genosse Ulbricht, hier hilft nur eine größere Karte!“
 „Alles mal herhören! Laut Volkskammer-Beschluß seid Ihr jetzt Soldaten!“



DAS BILD DER WOCHE. Die „DO 27“ der Dornierwerke war die Sensation auf der ersten Leistungsschau deutscher Flugzeuge nach dem Kriege in München.

Neue Grabungen in Pergamon

Deutsche Expedition bei Vorarbeiten

Berlin (DPA). Eine deutsche Expedition wird die Arbeiten in Pergamon wieder aufnehmen. Die türkische Regierung hat die Konzession dazu erteilt.

Das kleinasiatische Pergamon, einst stolze Königsstadt und Burg, ist eine klassische Fundstätte von Beweisstücken aus der Entwicklung der Menschheit für eine Zeitspanne, die bis zum Ende des dritten Jahrtausends vor Christi zurückgeht. Die neue deutsche Expedition steht unter der Leitung des Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts, Sitz Berlin, Professor Dr. Erich Boehringer. Ihm gehören u. a. Prof. Armin von Gerkan, Bonn, an, der als der bedeutendste Bauforscher auf dem Gebiet der antiken Architektur gilt, und die Berliner Archäologin Fräulein Dr. Gerda Bruns. Es handelt sich zunächst um eine Arbeitskampagne. Sie soll die für das nächste Jahr vorgesehene längere Grabungskampagne vorbereiten.

Prof. Boehringer, der in diesen Tagen nach Pergamon abreist, sagte, in Pergamon seien noch Funde von größerer Be-

deutung zu erwarten. Bei den vergangenen Expeditionen habe man erst etwas mehr als die Hälfte des in Betracht kommenden Bezirks ausgraben können. Zunächst gehe es vor allem um die zeichnerische und fotografische Aufnahme sowie wissenschaftliche Verarbeitung früherer Grabungen. Ferner handle es sich unter anderem um das Suchen nach prähistorischen

Siedlungen, nach Siedlungen der archaischen Zeit und nach Zeugnissen aus der byzantinischen Epoche. Mit einem Vorstoß in tiefere Schichten solle auch nach dem berühmten Heiligtum der siegbringenden Athena gesucht werden.

Das bisher größte Fundstück an dieser Grabungsstätte, der berühmte Pergamon-Altar, ist nach dem Zusammenbruch 1945 von den Sowjets aus Berlin in die Sowjetunion verbracht worden. Die Frage nach den Aussichten für eine Rückgabe des Pergamon-Altars beurteilt Prof. Boehringer optimistisch.

„DO 27“ — Eine Sensation

Leistungsschau deutscher Flugzeuge

München (DPA). Auf der ersten Leistungsschau des deutschen Segel- und Motorflugzeugbaues nach dem Kriege ist auf dem Sportflugplatz München-Oberwiesenfeld die „DO 27“ der Dornierwerke als Sensation bezeichnet worden. Es handelt sich um einen Hochdecker, der sowohl beträchtliche Durchschnittsgeschwindigkeiten erreichen wie auch besonders langsam fliegen kann.

Eifrig diskutiert wurde in Fachkreisen auf der wissenschaftlichen Tagung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt die von Focke-Wulf gebaute „Blume 501“ und ihre Schwestermaschine. Dieses noch nicht gezeigte Ganzmetallflugzeug ist eine Weiterentwicklung der früheren „Arado 79“, leistet 250 km/st und hat 125-PS- oder 175-PS-Motoren. Auch die „Me 200“, die schon in Spanien als Düsenjäger hergestellt wird, soll im Dezember in Deutschland geprüft und dann gebaut werden.

1000jährige Gräber freigelegt.

Duisburg (AP). Ein fast 1000 Jahre altes Gräberfeld und die

Grundmauern der ältesten Duisburger Kirche, der um das Jahr 1150 erbauten Salvatorkapelle, sind in der Nähe des Duisburger Burgplatzes bei Baggerauschachtungen für eine neue Wohnblocksiedlung freigelegt worden. Die Gräber sind in sechs Schichten übereinander angelegt, da in der von Mauern umfriedeten alten Reichsstadt im Mittelalter kein Platz für die Anlage neuer Friedhöfe vorhanden war.

Schutzengel war bei Noël

Harelbeke (Belgien) (AP). Der 18 Monate alte Noël Casteleyn aus Harelbeke in Belgien wurde vom Tode gestreift, ohne daß ihm dabei ein Haar gekrümmt wurde. Das Kind spielte vor seinem Elternhaus auf den Gleisen der Bahnlinie Courtrai-Brüssel und schenkte einem mit hoher Geschwindigkeit heranrasenden Zug überhaupt keine Beachtung. Der entsetzte Lokführer zog die Schnellbremse, aber es war bereits zu spät. Mit kreischenden Rädern rollte die Lok langsam über ihn hinweg. Doch als sie schließlich zum Stehen kam, tauchte Noël völlig unverehrt zwischen ihrem riesigen Gestänge auf.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.